

Vorschläge für neue Schwerpunkte der Landespolitik im Jahr 2021

Landesverein fordert Heimatoffensive für Bayern

Der Bayerische Landesverein für Heimatpflege schlägt eine „Heimatoffensive für Bayern“ im neuen Jahr vor. „Die Pandemie zeigt uns allen, dass wir Menschen nicht alles planen und kontrollieren können. Die Achtung vor der Schöpfung und das Anerkennen der Grenzen des Wachstums sollte daher im kommenden Jahr zu neuen Schwerpunkten der Landespolitik führen“, so der Vorsitzende des Landesvereins, der niederbayerische Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich zum Jahreswechsel. Konkret benennt er gemeinsam mit Günter Dippold, dem stellvertretenden Vorsitzenden und oberfränkischen Bezirkshauptpfleger, drei Handlungsfelder, in denen die Landespolitik gefordert ist.

„Funktionsverlust der Ortskerne“

Seit Jahren werde zu Recht über die Notwendigkeit diskutiert, den „Flächenverbrauch“ zu reduzieren. Auch im Jahr 2020 wurden in Bayern täglich mehr als zehn Hektar pro Tag aus der land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung genommen um Straßen und Siedlungsflächen zu errichten. „Wir fordern ein neues Raumordnungsgesetz, in dem klare Vorgaben für das Flächensparen gemacht werden“, so Dippold.

Er verweist darauf, dass in Oberösterreich im Dezember 2020 ein neues Raumordnungsgesetz beschlossen wurde, das für Lebensmittelleinzelhändler zwei neue Vorgaben enthält: Sie müssen bei Neubauten von Lebensmittelgeschäften über 800 Quadratmeter den Großteil der Parkplätze unter dem Neubau errichten, und die Gebäude müssen zwingend mindestens dreistöckig gebaut werden. „Mit solchen Vorgaben setzt Oberösterreich ein klares Zeichen für den Erhalt der Kulturlandschaft und für die Begrenzung des Neubaus von großen eingeschossigen Hallen, wie sie in Bayern mehr und mehr das Bild des Landes dominieren“, unterstreicht Heinrich.

Durch den schleichenden Funktionsverlust der Ortskerne in klei-



Mitglieder des Heimat- und Volkstrachtenvereins Neunhof e. V. aus Nürnberg laufen beim „Tag der Franken“ 2017 in Erlangen in mittelfränkischen Trachten durch den Schlossgarten. Das immaterielle Kulturerbe soll in Schulstunden vermittelt werden, fordern die Initiatoren. FOTO: DPA/DANIEL KARMANN

nen und mittleren Orten verlieren die ländlichen Räume in Bayern ihr Gesicht. „Der Markt- oder Stadtplatz ist die Visitenkarte eines Ortes. Wenn hier historische Gebäude ungenutzt bleiben, Geschäfte und Gastronomiebetriebe schließen, dann führt dies zu einem großen Imageverlust für den betroffenen Ort“, argumentiert Heinrich, der selbst Bürgermeister einer Kleinstadt im Bayerischen Wald ist. Vor diesem Hintergrund fordert er drei Maßnahmen zum Erhalt lebendiger Ortszentren:

1. Die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angestoßene De-

batte über eine Paketsteuer müsse intensiv weitergeführt werden. Der immer weiter zunehmende Online-Handel führe zum Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vor Ort, zu immer mehr Verkehr durch Paketdienste und oftmals zu einer Ausbeutung der Mitarbeiter*innen seitens der großen Internetkonzerne. Der gesellschaftliche Mehrwert des stationären Einzelhandels als Versorger und als Kommunikationspunkt vor Ort müsse deutlich mehr gewürdigt werden. Die beiden Vorsitzenden fordern daher für 2021 Entscheidungen über verpflich-

tende Gebühren für die Rücksendung von Waren, eine Paketsteuer oder eine Erleichterung bei der Mehrwertsteuer für Waren, die im stationären Einzelhandel gekauft werden.

2. Die Ausweisung von städtebaulichen Sanierungsgebieten nach Paragraf 136 Abs. 1 Baugesetzbuch solle deutlich erleichtert und durch die jeweiligen Bezirksregierungen offensiv unterstützt werden. „Sonderabschreibungen für Investitionen im Ortskern auch von kleinen und mittelgroßen Orten sind ein geeignetes Mittel, das die Menschen aus der Re-

gion dazu motiviert, vor Ort zu investieren. Gerade in der aktuellen Niedrigzinsphase können dadurch Finanzmittel in die ländlichen Räume gelenkt werden“, so Günter Dippold.

3. Die beiden Vorsitzenden des Landesvereins schlagen weiterhin vor, im Bayerischen Wohnungsbauförderprogramm einen Förderbonus für „neue Sozialwohnungen in alten Mauern“ einzuführen. „Der Freistaat Bayern fördert seit Jahren mit erheblichen Mitteln den Neubau von Sozialwohnungen. Gleichzeitig stehen in vielen Kernorten historische Häuser leer.

Wir schlagen daher vor, die Revitalisierung von bestehenden Wohnflächen in Sanierungsgebieten mit einem Sonderbonus zu unterstützen“, so Olaf Heinrich.

Aktuell erhalten Kommunen bei Neubauten oder Sanierungen bestehender Gebäude 30 Prozent Zuschuss, wenn dadurch neue Sozialwohnungen entstehen. „Die Innenstädte Bayerns bekommen aber auch dadurch mehr Leben, dass die Wohnnutzung zunimmt. Wir schlagen daher vor, die Schaffung von Sozialwohnungen in leerstehenden Gebäuden in Sanierungsgebieten mit 40 Prozent zu bezuschussen. Der Bonus von zehn Prozent wird dazu beitragen, dass bestehende Bausubstanz revitalisiert wird. Dies führt zu einer Belebung der Ortskerne und reduziert den Flächenverbrauch“, argumentiert Heinrich.

Schüler sollen mit Trachtlern und Handwerkern reden

In Zeiten der pandemischen Einschränkungen setzten die Schulen mehr und mehr auf die digitale Vermittlung von Lehrinhalten. Diese Entwicklung könne das Kultusministerium nutzen, um die Vermittlung von immateriellen Kulturgütern zu forcieren und das Vereinsleben vor Ort zu unterstützen. „Wir schlagen vor, dass im Jahr 2021 jedem Schüler die Möglichkeit eröffnet wird, mit einem Vertreter eines regionalen Trachtenvereins oder eines ortsspezifischen Handwerksberufers, mit einem Volksmusiker oder einem Heimatpfleger eine Schulstunde zu Themen des immateriellen Kulturerbes zu erleben“, so Dippold. Dies könne nicht nur eine willkommene Abwechslung während des Homeschoolings sein, es biete auch den engagierten Ehrenamtlichen in allen Regionen Bayerns die Möglichkeit, junge Menschen direkt zu erreichen und sie für die Anliegen der Heimatpflege zu begeistern. „Dies ist gerade jetzt wichtig, weil viele Vereine massiv darunter leiden, dass alle traditionellen Veranstaltungen aktuell untersagt sind“, unterstreicht Olaf Heinrich.

> DANIELA SANDNER

Neue Leiterin des Sozialreferats beim Bezirk Mittelfranken

Angelika Lugert ist die neue Leiterin des Sozialreferats beim Bezirk Mittelfranken. Sie tritt die Nachfolge von Horst Rauh an, der das Amt 28 Jahre lang bekleidete und in den Ruhestand wechselte. Rund 370 Mitarbeiter*innen stehen der Juristin bei ihrer neuen beruflichen Position zur Seite.

Lugert ist gebürtige Nürnbergerin. Sie lehrte rund 13 Jahre als Dozentin an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Hof Ordnungswidrigkeitsrecht und Privatrecht sowie Arbeits- und Tarifrecht. Am Landratsamt Kronach in Oberfranken leitete Angelika Lugert vier Jahre die Abteilung für öffentliche Sicherheit und Ordnung. Vor ihrem Diensttritt beim Bezirk Mittelfranken führte die Regierungsdirektorin das Sachgebiet Schulpersonal bei der Regierung von Unterfranken. Der Sozialetat des Bezirks umfasst im aktuellen Haushaltsjahr rund 873 Millionen Euro. Mit dieser Summe unterstützt der Bezirk etwa 36 000 Menschen, überwiegend im Bereich der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege. > BSZ



Zuletzt war Angelika Lugert für die Regierung von Unterfranken tätig. FOTO: BSZ

Nachruf auf den früheren Bezirkstagspräsidenten der Oberpfalz

Rupert Schmid stirbt im Alter von 85 Jahren

Der Bezirk Oberpfalz betrauert den Tod seines langjährigen ehemaligen Bezirkstagspräsidenten Rupert Schmid, der im Alter von 85 Jahren verstorben ist.

Rupert Schmid wurde 1935 in Regensburg geboren. Nach Schulbesuch und Jurastudium arbeitete er zunächst als Anwalt in seiner Heimatstadt. 1963 trat er in den Staatsdienst ein und war als juristischer Staatsbeamter im damaligen Landratsamt Riedenburg, später im Landratsamt Regensburg tätig. Zum 1. Mai 1978 übernahm Rupert Schmid das Amt des Landrats. In den Jahren 1984, 1990 und 1996 schenkte ihm die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises erneut das Vertrauen zur Fortsetzung seiner erfolgreichen kommunalpolitischen Tätigkeit.

In den Bezirkstag der Oberpfalz gewählt wurde Schmid erstmals im Herbst 1990. Bereits nach zwei Jahren übernahm er dort den Vorsitz der CSU-Fraktion. Im Februar 1999 wählten ihn die Mitglieder des Bezirkstags zum Präsidenten. Das Amt hatte er bis Oktober 2008 inne.

Schmid übernahm die Verantwortung für den Bezirk Oberpfalz in kritischen Zeiten: Aufgabenverlagerungen von den Bezirken auf andere Behörden standen ebenso im Raum wie die gesamte Auflösung der Bezirke als dritte kommunale Ebene in Bayern. Schmid konsolidierte durch seine umsichtige und vorausschauende Arbeitsweise die Finanzen des Bezirks Ober-



CSU-Politiker Rupert Schmid war von 1999 bis 2008 Bezirkstagspräsident der Oberpfalz. FOTO: LRA

pfalz. Sein Handeln war nicht von parteipolitischen Denken geprägt, Parteigrenzen waren ihm fremd. Ihm ging es stets um konstruktive Lösungen, nur davon ließ er sich bei Entscheidungen leiten. Dabei achtete er immer die Meinung anderer, hörte sie und nahm sie auf, wenn sie dem Ziel dienten. Entwicklungen erkannte er frühzeitig und überraschte so manchen Kollegen mit seinen zukunftsweisenden Überlegungen.

Rupert Schmid hat in den fast zehn Jahren seiner Präsidentschaft die Umstrukturierung der Bezirksverwaltung zu einem effizienten Dienstleister für die oberpfälzer Bevölkerung vorangetrieben. Und er stärkte besonders die bezirklichen Kernaufgaben: Er sah den Bezirk stets als Anwalt der sozial Schwachen – der alten und pflegebedürftigen Menschen sowie der Menschen mit Behinderung, somit all jener, die der Hilfe und Unterstützung bedürfen. In seine Amtszeit fiel die Zusammenlegung von ambulanter und stationärer Eingliederungshilfe für Menschen mit

Behinderung bei den Bezirken. Dies bedeutete eine außerordentliche Aufgabenmehrung, aber insbesondere eine große Stärkung der Bezirke.

Dem Juristen Schmid war wirtschaftliches Denken nie fremd. Er reduzierte die Schulden des Bezirks signifikant und erkannte, dass nur finanziell starke Krankenhäuser eine Chance zum Überleben haben und schloss die bis dahin eigenständig arbeitenden Bezirkskliniken in Regensburg, Parsberg und Wöllershof zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammen. Damit schuf er einen leistungsfähigen und leistungsstarken Anbieter im oberpfälzer Gesundheitswesen.

In seiner Amtszeit wurden die dezentralen psychiatrischen Angebote und somit die wohnortnahe Versorgung in der Oberpfalz ausgeweitet und der Bestand des Bezirksklinikums Wöllershof (Landkreis Neustadt an der Waldnaab) gesichert. Auch das Siblylenbad in der nördlichen Oberpfalz entwickelte sich unter seiner Amtsführung zum attraktiven Kur- und Wellnessbetrieb. Und Rupert Schmid stellte die richtigen Weichen für den Hotelbau mit unmittelbarer Anbindung an das Siblylenbad.

Besonders am Herzen lagen Rupert Schmid die Kultur und vor allem die Musik, und so fanden Kulturschaffende und Künstler auch in für den Bezirk finanziell herausfordernden Zeiten stets ein

offenes Ohr für ihre Belange. Dies zeigte Schmid auch und gerade in seiner Funktion als langjähriger Vorsitzender des Zweckverbands Musikakademie Schloss Alteglöfshaus. Er war es auch, der mit dem Kulturpreis und dem Jugendkulturförderpreis neue Akzente in der Kulturarbeit des Bezirks schuf und – als einer der ersten Bezirke – eine Medienfachberatung sowie eine Populärmusikberatung installierte.

Rupert Schmid war ein Mensch, dem von allen Seiten Respekt gezollt wurde, der jedem politischen Amt, das er ausübte, Ansehen und Gewicht verliehen hat. Nachfolgende Politikergenerationen konnten viel von ihm lernen, auch mir war er stets Vorbild.

Für seine herausragenden Verdienste verlieh ihm der Bezirk Oberpfalz im Jahr 2008 die Bezirksmedaille als höchste Auszeichnung, die er zu vergeben hat. Ferner war Schmid Träger des Bayerischen Verdienstordens und der Medaille für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung in Gold, Silber und Bronze.

Seine großartigen Leistungen wirken bis heute nach und werden ihn als unermüdeten und engagierten Vertreter der Oberpfalz in bester Erinnerung behalten.

> FRANZ LÖFFLER

Der Autor ist als Nachfolger des Verstorbenen seit 2008 Bezirkstagspräsident der Oberpfalz.

Max Schlichter ist neuer Beauftragter für Populärmusik

Wie schreibe ich einen Song? Wie gründe ich eine Band? Und wie war das noch mal mit der Gema? Bei diesen und weiteren Fragen bekommen regionale Künstler und Newcomer der Pop- und Rockszene schon bald Unterstützung von einem Profi: Maximilian Schlichter. Der Komponist, Produzent und *Killerpilze*-Rockstar, der im September 2020 den Musikförderpreis des Bezirks Schwaben erhalten hat, kennt den



Max Schlichter ist als Komponist und Produzent tätig. FOTO: BSZ

Stellenwert professioneller Förderung: „Für mich hat es den entscheidenden Unterschied gemacht, von echten Erfahrungen und gelebtem Background zu profitieren. Ich freue mich auf spannende Projekte beim Bezirk Schwaben, darauf, anderen durch mein Know-how Hilfestellung zu geben und mich kreativ in die Kulturszene einzubringen“. Konkret plant Schlichter Projekte, Seminare, Workshops und eine Online-Lern-Plattform. Der 32-Jährige spielte über 750 Konzerte in Europa, wirkte bei 29 Musikvideos mit und komponierte 400 Titel. > BSZ